

Gesetzentwurf **der Bundesregierung**

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 8. April 2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay über Soziale Sicherheit

A. Problem und Ziel

Im Rahmen der gewachsenen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihren Unternehmen in zunehmendem Maße zur Ausübung ihrer Tätigkeit in das andere Land entsandt. Eine Doppelversicherung und damit eine doppelte Beitragsbelastung wird dadurch vermieden, dass die in das andere Land entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allein den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats unterliegen, in der Regel des Heimatstaats. Dadurch wird auch eine doppelte Beitragsbelastung für Arbeitgeber und ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vermieden.

Darüber hinaus sieht das Abkommen die uneingeschränkte Zahlung von Renten in den anderen Staat vor (Leistungsexportprinzip).

Die Voraussetzungen für einen Rentenanspruch können durch Zusammenrechnung der in beiden Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten erfüllt werden (Erfüllung der Wartezeit). Soweit erforderlich werden auf deutscher Seite auch Versicherungszeiten berücksichtigt, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz zurückgelegt wurden.

Das Abkommen ist nach Prinzipien gestaltet, die auch innerhalb der Europäischen Union gelten.

B. Lösung

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz werden die innerstaatlichen Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Ratifikation geschaffen.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Keine unmittelbaren Kosten. Soweit sich mittelbar Mehrausgaben für den Bundeshaushalt ergeben, werden diese finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen.

E. Erfüllungsaufwand**E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger**

Informationspflichten für Bürgerinnen und Bürger werden nicht eingeführt.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Mit dem Gesetz entstehen für die deutsche Wirtschaft keine Informationspflichten.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung wird in der Durchführungsvereinbarung eine Informationspflicht eingeführt. Etwaiger dem Bund hieraus entstehender Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln wird finanziell und stellenmäßig im jeweiligen Einzelplan ausgeglichen.

F. Weitere Kosten

Es wird mit jährlichen Mehrausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte im unteren einstelligen Millionenbereich gerechnet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DIE BUNDESKANZLERIN**

Berlin,

10. Januar 2014

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 8. April 2013 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay
über Soziale Sicherheit

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Der Bundesrat hat in seiner 915. Sitzung am 11. Oktober 2013 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Angela Merkel

Entwurf**Gesetz
zu dem Abkommen vom 8. April 2013
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Östlich des Uruguay
über Soziale Sicherheit****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden in Berlin am 8. April 2013 unterzeichneten zwischenstaatlichen Übereinkünften wird zugestimmt:

1. dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay über Soziale Sicherheit,
2. der Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens vom 8. April 2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay über Soziale Sicherheit (Durchführungsvereinbarung).

Das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens sowie Änderungen der in Artikel 1 Nummer 2 genannten Durchführungsvereinbarung in Kraft zu setzen und die zur Durchführung des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Regelungen zu treffen. Dabei können zur Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den mit der Durchführung des Abkommens befassten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer im Abkommen genannter Stellen und Behörden.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Absatz 2 und die Durchführungsvereinbarung nach ihrem Artikel 8 Absatz 1 in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen und die Durchführungsvereinbarung findet Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da sich die Übereinkünfte auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen.

Das Vertragsgesetz bedarf nach Artikel 84 Absatz 1 Satz 5 des Grundgesetzes der Zustimmung des Bundesrates, weil der Vertrag, der innerstaatlich in Geltung gesetzt wird, Verfahrensregelungen enthält und insoweit für abweichendes Landesrecht keinen Raum lässt.

Zu Artikel 2

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung das Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu regeln. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten, um die Inkraftsetzung von Änderungen der Durchführungsvereinbarung vom 8. April 2013 oder um erforderliche innerstaatliche Regelungen über Zuständigkeiten handeln.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, zu dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Absatz 2 sowie die Durchführungsvereinbarung nach ihrem Artikel 8 Absatz 1 in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Es wird mit jährlichen Mehrausgaben bei der gesetzlichen Rentenversicherung einschließlich der Alterssicherung der Landwirte im unteren einstelligen Millionenbereich gerechnet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind durch das Abkommen nicht zu erwarten, da Kosten für die Wirtschaft und die vom Abkommen betroffenen Personen nicht entstehen.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Östlich des Uruguay
über Soziale Sicherheit

Convenio
de Seguridad Social
entre la República Federal de Alemania
y la República Oriental del Uruguay

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Östlich des Uruguay
im Folgenden „Vertragsstaaten“ genannt –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

- (1) In diesem Abkommen bedeuten die Begriffe
1. „Hoheitsgebiet“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland,
in Bezug auf die Republik Östlich des Uruguay
das Hoheitsgebiet der Republik Östlich des Uruguay;
 2. „Staatsangehöriger“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
einen Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
in Bezug auf die Republik Östlich des Uruguay
einen Uruguayer im Sinne der Verfassung der Republik Östlich des Uruguay;
 3. „Rechtsvorschriften“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland
die Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen,
in Bezug auf die Republik Östlich des Uruguay
die Verfassung, Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften, die sich auf die vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Zweige und Systeme der Sozialen Sicherheit beziehen;
 4. „zuständige Behörde“
in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland

La República Federal de Alemania
y
la República Oriental del Uruguay
en adelante denominadas “los Estados Contratantes”

animadas por el deseo de regular las relaciones recíprocas en el ámbito de la Seguridad Social,

han convenido lo siguiente:

Título I
Disposiciones generales

Artículo 1
Definiciones

- (1) A los efectos del presente Convenio, los términos tienen el siguiente significado:
1. “Territorio”
respecto a la República Federal de Alemania,
el territorio de la República Federal de Alemania,
respecto a la República Oriental del Uruguay,
el territorio de la República Oriental del Uruguay;
 2. “Nacional”
respecto a la República Federal de Alemania,
un ciudadano alemán conforme a la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania,
respecto a la República Oriental del Uruguay,
un ciudadano uruguayo conforme a la Constitución de la República Oriental del Uruguay;
 3. “Legislación”
respecto a la República Federal de Alemania,
las leyes, reglamentos y demás normas que se refieren a los sistemas y regímenes de Seguridad Social en el ámbito de aplicación material del presente Convenio,
respecto a la República Oriental del Uruguay,
la Constitución, las leyes, reglamentos y demás normas que se refieren a los sistemas y regímenes de Seguridad Social en el ámbito de aplicación material del presente Convenio;
 4. “Autoridad competente”
respecto a la República Federal de Alemania,

- das Bundesministerium für Arbeit und Soziales,
in Bezug auf die Republik Östlich des Uruguay
das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit oder die von ihm beauftragte Bank für Sozialvorsorge;
5. „Verbindungsstellen“
die in Artikel 19 Absatz 2 dieses Abkommens genannten Stellen;
6. „Träger“
eine Stelle, der die Durchführung der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften obliegt;
7. „Versicherungszeiten“
Beitragszeiten und Beschäftigungszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als solche bestimmt sind, und sonstige nach diesen Rechtsvorschriften anerkannte Zeiten, die anzurechnen sind;
8. „Rente“ oder „Geldleistung“
eine Rente oder eine andere Geldleistung einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen;
9. „gewöhnlicher Aufenthalt“ oder „sich gewöhnlich aufhalten“
der Ort des nicht nur vorübergehenden tatsächlichen Aufenthalts oder sich nicht nur vorübergehend tatsächlich aufhalten.
- (2) Andere Begriffe haben die Bedeutung, die sie nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des betreffenden Vertragsstaats haben.

Artikel 2

Sachlicher Geltungsbereich

- (1) Dieses Abkommen bezieht sich
1. auf die deutschen Rechtsvorschriften über die
 - a) Rentenversicherung,
 - b) hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung,
 - c) Alterssicherung der Landwirte,
 2. auf die uruguayischen Rechtsvorschriften über die beitragsabhängigen Rentensysteme.
- (2) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats außer den Voraussetzungen für die Anwendung dieses Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so lässt der Träger dieses Vertragsstaats bei Anwendung dieses Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.

Artikel 3

Persönlicher Geltungsbereich

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für alle Personen, für die die Rechtsvorschriften eines der beiden oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten, sowie für andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von diesen Personen ableiten.

Artikel 4

Gleichbehandlung

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen die vom persönlichen Geltungsbereich erfassten Personen, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats aufhalten, bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats dessen Staatsangehörigen gleich.

- el Ministerio Federal de Trabajo y Asuntos Sociales,
respecto a la República Oriental del Uruguay,
el Ministerio de Trabajo y Seguridad Social o el Banco de Previsión Social por delegación de aquél;
5. “Organismos de enlace”
los organismos mencionados en el artículo 19 párrafo 2 del presente Convenio;
6. “Institución gestora”
organismo responsable de la ejecución de la legislación relativa al ámbito de aplicación material del presente Convenio;
7. “Períodos de seguro”
todo período de cotización y de empleo definido como tal por la legislación bajo la cual este período se haya cumplido, así como cualquier período reconocido por dicha legislación, que deba computarse;
8. “Prestación de pasividad” o “prestación dineraria”
toda jubilación, pensión u otra prestación en dinero, incluyendo suplementos, subsidios e incrementos;
9. “Residencia habitual” o “residir habitualmente”
el lugar de residencia efectiva y no temporal, o residir en forma efectiva y no temporalmente.
- (2) Los demás términos utilizados tienen el significado que les atribuye la legislación aplicable en cada Estado Contratante.

Artículo 2

Ámbito de aplicación material

- (1) El presente Convenio se refiere
1. a la legislación alemana sobre
 - a) el seguro de jubilaciones y pensiones,
 - b) el seguro complementario de los obreros siderúrgicos,
 - c) el seguro de vejez de los agricultores,
 2. a la legislación uruguaya sobre los sistemas de jubilaciones y pensiones contributivas.
- (2) Si según la legislación de un Estado Contratante se cumplen además de las condiciones para la aplicación del presente Convenio, también las condiciones para la aplicación de otro Convenio o de una regulación supraestatal, la institución gestora de este Estado Contratante al aplicar el presente Convenio no considerará el otro Convenio o la regulación supraestatal.

Artículo 3

Ámbito de aplicación personal

En cuanto el presente Convenio no disponga lo contrario, será aplicable a todas las personas que se encuentren o se hubieran encontrado sometidas a la legislación de uno o ambos Estados Contratantes así como a los titulares de derechos derivados de dichas personas.

Artículo 4

Igualdad de trato

En cuanto el presente Convenio no disponga lo contrario, las personas comprendidas en el ámbito de aplicación personal del mismo, que residan habitualmente en el territorio de uno de los Estados Contratantes, tendrán los mismos derechos que la legislación de cada Estado Contratante prevé para sus nacionales.

Artikel 5**Gleichstellung des gewöhnlichen Aufenthalts**

(1) Einschränkende Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, nach denen die Entstehung von Ansprüchen auf Leistungen, das Erbringen von Leistungen oder die Zahlung von Leistungen vom gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats abhängen, gelten nicht für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und für andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaats ableiten, bei gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats.

(2) Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats werden den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaats mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet eines Drittstaats und anderen Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von den oben genannten Personen ableiten, unter denselben Voraussetzungen gezahlt wie den Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaats, die im Hoheitsgebiet eines Drittstaats ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben.

Teil II

Anzuwendende Rechtsvorschriften

Artikel 6**Allgemeine Bestimmungen**

(1) Sofern dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gelten für eine abhängig beschäftigte Person ausschließlich die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sie die Beschäftigung tatsächlich ausübt.

(2) Für eine Person, die gewöhnlich an Bord eines Seeschiffs, das die Flagge eines Vertragsstaats führt, eine abhängige Beschäftigung ausübt, gelten die Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaats.

(3) Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für eine selbstständig erwerbstätige Person.

Artikel 7**Entsendungen**

(1) Wird eine abhängig beschäftigte Person, die gewöhnlich in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von ihrem Arbeitgeber, der im Entsendestaat gewöhnlich eine nennenswerte Geschäftstätigkeit ausübt, in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats entsandt, um dort eine im Voraus zeitlich begrenzte Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten für die Dauer von längstens 24 Monaten der Entsendung allein die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats so weiter, als wäre sie noch in dessen Hoheitsgebiet beschäftigt.

(2) Absatz 1 gilt für eine erneut in den anderen Vertragsstaat entsandte Person nur dann, wenn diese Entsendung im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses mit einem anderen Arbeitgeber erfolgt oder zwischen dem Ende des letzten Entsendezeitraums und der erneuten Entsendung mehr als 12 Monate liegen.

(3) Absatz 1 gilt entsprechend für eine selbstständig erwerbstätige Person.

Artikel 8**Diplomatische Missionen
und konsularische Vertretungen**

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Anwendung des Wiener Übereinkommens vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen und des Wiener Übereinkommens vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen.

Artículo 5**Equiparación de la residencia habitual**

(1) Si existiera una legislación restrictiva de un Estado Contratante, según la cual el derecho, la obtención o el pago de prestaciones, dependiera de la residencia habitual en el territorio de ese Estado Contratante, esta no será aplicable para los nacionales de los Estados Contratantes ni para titulares de derechos derivados de un nacional de un Estado Contratante que residan habitualmente en el territorio del otro Estado Contratante.

(2) Las prestaciones otorgadas conforme a la legislación de un Estado Contratante serán abonadas a los nacionales del otro Estado Contratante que residan habitualmente en el territorio de un tercer Estado, y a titulares de derechos derivados de ellos, bajo las mismas condiciones que a los nacionales del primer Estado Contratante que residan habitualmente en el territorio de un tercer Estado.

Título II

Legislación Aplicable

Artículo 6**Disposiciones generales**

(1) Salvo que el presente Convenio disponga lo contrario, la persona que desempeña una actividad laboral en relación de dependencia se encontrará exclusivamente sujeta a la legislación del Estado Contratante en cuyo territorio ejerza efectivamente dicha actividad.

(2) A una persona que ejerce habitualmente una actividad en relación de dependencia en un buque de alta mar que enarbole la bandera de uno de los Estados Contratantes, se aplicará la legislación de ese Estado Contratante.

(3) Los párrafos 1 y 2 son aplicables análogamente al trabajador no dependiente.

Artículo 7**Traslados**

(1) La persona que desempeña habitualmente una actividad laboral en relación de dependencia en un Estado Contratante y sea trasladada en el ámbito de esta actividad por su empleador, al territorio del otro Estado Contratante para prestar para este empleador servicios de carácter temporal por un período predefinido, siempre que el empleador ejerza regularmente una actividad económica significativa en el Estado de origen, continuará sujeta hasta un máximo de 24 meses de traslado, exclusivamente a la legislación del primer Estado Contratante, como si aún estuviera trabajando en el territorio del mismo.

(2) El párrafo 1 rige para una persona que es trasladada nuevamente al otro Estado Contratante, solo cuando el traslado se realiza en el marco de una relación laboral con otro empleador o si han pasado 12 meses entre el fin del último y el inicio del nuevo período de traslado.

(3) El párrafo 1 es aplicable análogamente al trabajador no dependiente.

Artículo 8**Misiones Diplomáticas y
Representaciones Consulares**

(1) El presente Convenio no afecta la aplicación de la Convención de Viena sobre Relaciones Diplomáticas, del 18 de abril de 1961, ni la de la Convención de Viena sobre las Relaciones Consulares, del 24 de abril de 1963.

(2) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaats von einer diplomatischen Mission oder konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats oder einem Mitglied einer diplomatischen Mission oder einer konsularischen Vertretung dieses Vertragsstaats im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, so gelten für ihn grundsätzlich die Rechtsvorschriften des Beschäftigungsstaats. Innerhalb der ersten 6 Monate nach Aufnahme der Beschäftigung oder nach Inkrafttreten dieses Abkommens kann er jedoch die Anwendung der Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaats wählen, die für die Dauer der Beschäftigung so gelten, als wäre er dort beschäftigt. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären.

(3) Soweit die Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dem die Beschäftigung tatsächlich ausgeübt wird, anzuwenden sind, sind vom Arbeitgeber die dem örtlichen Arbeitgeber nach den genannten Rechtsvorschriften obliegenden Verpflichtungen einzuhalten.

Artikel 9

Ausnahmevereinbarungen

(1) Auf gemeinsamen Antrag einer abhängig beschäftigten Person und ihres Arbeitgebers oder auf Antrag einer selbstständig erwerbstätigen Person können die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen im gegenseitigen Einvernehmen Ausnahmen von den Bestimmungen dieses Abkommens über die anzuwendenden Rechtsvorschriften vereinbaren. Voraussetzung hierfür ist, dass die betreffende Person den Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten unterstellt bleibt oder unterstellt wird. Bei der Entscheidung sind die Art und die Umstände der Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen.

(2) Der Antrag ist in dem Vertragsstaat zu stellen, dessen Rechtsvorschriften gelten sollen.

Teil III

Besondere Bestimmungen

Artikel 10

Zusammenrechnung von Versicherungszeiten und Rentenberechnung

(1) Für den Leistungsanspruch nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften werden auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats anrechenbar sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. Die Dauer der zu berücksichtigenden Versicherungszeiten richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, nach denen sie zurückgelegt worden sind.

(2) Setzt der Leistungsanspruch bestimmte Versicherungszeiten voraus, werden dafür nur vergleichbare Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats berücksichtigt.

(3) Die Berechnung der Rente richtet sich nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften des jeweiligen Vertragsstaats, soweit in diesem Abkommen nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 11

Besonderheiten für die Bundesrepublik Deutschland

(1) Grundlage für die Ermittlung persönlicher Entgeltpunkte sind die Entgeltpunkte, die sich nach den deutschen Rechtsvorschriften ergeben. In der Alterssicherung der Landwirte ist die Steigerungszahl die Grundlage für die Berechnung der Rente.

(2) Die Bestimmung über die Zusammenrechnung von Versicherungszeiten gilt entsprechend für Leistungen, deren Erbringung im Ermessen eines Trägers liegt.

(2) Si un nacional de un Estado Contratante es contratado por una Misión Diplomática u Oficina Consular de éste o por un funcionario de una Misión Diplomática u Oficina Consular de este Estado Contratante en el territorio del otro Estado Contratante quedará sujeto, en principio, a la legislación del Estado donde ejerce la actividad laboral. Sin embargo podrá optar, dentro del plazo de los 6 primeros meses después del comienzo de la actividad laboral o después de la entrada en vigencia del presente Convenio, por la aplicación de la legislación del primer Estado Contratante, la que regirá durante el ejercicio de la actividad como si el nacional allí estuviera trabajando. La opción deberá ser comunicada al empleador.

(3) En cuanto sea aplicable la legislación del Estado Contratante en cuyo territorio es ejercida efectivamente la actividad laboral, el empleador deberá cumplir las mismas obligaciones resultantes de la respectiva legislación a las que están obligados a cumplir los empleadores locales.

Artículo 9

Acuerdos sobre excepciones

(1) Ante solicitud conjunta de una persona que desempeña una actividad laboral en relación de dependencia y de su empleador o ante solicitud de un trabajador no dependiente, las autoridades competentes de los Estados Contratantes o los organismos designados por ellos podrán – por consentimiento mutuo – acordar excepciones a las disposiciones del presente Convenio sobre la legislación aplicable. Condición previa para esto es que la respectiva persona siga estando o quede sujeta a la legislación de uno de los Estados Contratantes. Al tomar la decisión se deberán tener en cuenta el tipo y las circunstancias de la actividad laboral y económica.

(2) La solicitud debe ser presentada en el Estado Contratante cuya legislación deberá regir.

Título III

Disposiciones específicas

Artículo 10

Totalización de períodos de seguro y cálculo de la prestación de pasividad

(1) Para el acceso al derecho a las prestaciones conforme a la legislación aplicable también serán considerados los períodos de seguro computables según la legislación del otro Estado Contratante, siempre que no se superpongan. La duración de los períodos de seguro que deban considerarse estará sujeta a la legislación del Estado Contratante según la cual fueron cumplidos.

(2) Si el derecho a las prestaciones tiene como condición períodos de seguro con determinadas características, solamente serán considerados los períodos de seguro equiparables, cumplidos bajo la legislación del otro Estado Contratante.

(3) El cálculo de la prestación de pasividad se regirá por la legislación aplicable de cada Estado Contratante, salvo disposición contraria del presente Convenio.

Artículo 11

Particularidades para la República Federal de Alemania

(1) La base para el cálculo de la puntuación personal son los puntos jubilatorios adquiridos bajo la legislación alemana. Para el seguro de vejez de los agricultores, el cálculo de la prestación de pasividad se basa en la cifra de aumento.

(2) La disposición sobre la totalización de los períodos de seguro se aplicará también a las prestaciones que sean concedidas discrecionalmente por una institución gestora.

(3) Nach den uruguayischen Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten werden in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt worden sind. Ist nach den deutschen Rechtsvorschriften Voraussetzung für den Anspruch, dass ständige Arbeiten unter Tage oder diesen gleichgestellte Arbeiten verrichtet worden sind, so berücksichtigt der deutsche Träger die nach den uruguayischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten, während derer gleichartige Tätigkeiten verrichtet worden sind.

(4) Setzt der Anspruch auf Leistungen nach den deutschen Rechtsvorschriften voraus, dass bestimmte Versicherungszeiten innerhalb eines bestimmten Zeitraums zurückgelegt worden sind, und sehen die Rechtsvorschriften ferner vor, dass sich dieser Zeitraum durch bestimmte Tatbestände oder Versicherungszeiten verlängert, so werden für die Verlängerung auch Versicherungszeiten nach den uruguayischen Rechtsvorschriften oder vergleichbare Tatbestände in der Republik Östlich des Uruguay berücksichtigt. Vergleichbare Tatbestände sind Zeiten, in denen Invaliditäts- oder Altersrenten oder Leistungen wegen Krankheit, Schwangerschaft, Mutterschaft, Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfällen (mit Ausnahme von Renten) nach den uruguayischen Rechtsvorschriften gezahlt wurden und Zeiten der Kindererziehung in der Republik Östlich des Uruguay.

(5) Die nach der Bestimmung über die Zusammenrechnung der Versicherungszeiten zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden nur mit ihrer tatsächlichen Dauer berücksichtigt.

(6) Soweit in der Alterssicherung der Landwirte die Gewährung bestimmter Leistungen davon abhängt, dass Versicherungszeiten im Sondersystem für Landwirte zurückgelegt worden sind, werden für die Gewährung dieser Leistungen die nach uruguayischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten nur dann berücksichtigt, wenn sie während einer Tätigkeit als selbstständiger Landwirt zurückgelegt worden sind.

Artikel 12

Besonderheiten für die Republik Östlich des Uruguay

(1) Die Leistungen werden im solidarischen Rentensystem zwischen den Generationen gewährt; gegebenenfalls sind Leistungen aus dem individuellen Kapitaldeckungssystem hinzuzurechnen.

(2) Der uruguayische Träger stellt den Anspruch des Berechtigten fest und führt eine Rentenberechnung sowohl unter ausschließlicher Berücksichtigung der uruguayischen Versicherungszeiten als auch unter Berücksichtigung der Versicherungszeiten durch, die in beiden Vertragsstaaten zurückgelegt wurden.

(3) Der uruguayische Träger rechnet die eigenen Versicherungszeiten mit den nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zusammen und wendet folgende Regeln für die Berechnung des zu zahlenden Betrages an:

- a) Der Träger bestimmt die Höhe der Leistung, auf die der Berechtigte Anspruch hätte, als ob alle anrechenbaren zusammengerechneten Versicherungszeiten nach seinen Rechtsvorschriften zurückgelegt worden wären (theoretische Rente).
- b) Der Träger legt den Leistungsbetrag auf der Grundlage der nach seinen Rechtsvorschriften berechneten theoretischen Rente entsprechend dem Verhältnis zwischen den nach uruguayischen Rechtsvorschriften zurückgelegten und anrechenbaren Versicherungszeiten und der Gesamtheit der nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten und anrechenbaren Versicherungszeiten fest (Pro-rata-Leistung).

(3) Los períodos de seguro cumplidos conforme a la legislación uruguaya serán tomados en consideración por el seguro de jubilaciones y pensiones de la minería en caso de que el asegurado los haya cumplido en la parte subterránea de una mina. Si para la legislación alemana fuera condición para obtener derecho a la prestación que el trabajo haya sido llevado a cabo de forma continua en la parte subterránea de la mina o en otro trabajo equiparable, la institución gestora alemana tendrá en consideración los períodos de seguro cumplidos conforme a la legislación uruguaya durante los cuales hayan sido ejercidas actividades equivalentes.

(4) Si el derecho a las prestaciones tuviese como condición, conforme a la legislación alemana, que determinados períodos de seguro hayan sido cumplidos en un determinado espacio de tiempo, y si la legislación previese además que este espacio de tiempo pueda prolongarse en virtud de determinados hechos o períodos de seguro, para esta prolongación se considerarán también períodos de seguro cumplidos bajo la legislación uruguaya o hechos equiparables ocurridos en la República Oriental del Uruguay. Son hechos equiparables los períodos durante los cuales fueron pagadas, conforme a la legislación uruguaya, prestaciones de pasividad por vejez o invalidez o subsidios de enfermedad o de embarazo, asignaciones por maternidad, subsidios de desempleo o prestaciones derivadas de accidentes de trabajo (con excepción de prestaciones de pasividad), así como períodos dedicados al cuidado de un niño en la República Oriental del Uruguay.

(5) Los períodos de seguro que deban considerarse a los efectos de la disposición sobre la totalización de períodos de seguro serán considerados solamente en su duración efectiva.

(6) Si el otorgamiento de determinadas prestaciones del seguro de vejez de los agricultores depende del cumplimiento de períodos de seguro dentro del sistema especial para agricultores, los períodos de seguro cumplidos bajo la legislación uruguaya solamente serán considerados para el otorgamiento de estas prestaciones si fueron cumplidos durante el ejercicio de una actividad de agricultor independiente.

Artículo 12

Particularidades para la República Oriental del Uruguay

(1) Las prestaciones serán concedidas dentro del sistema de jubilación por solidaridad intergeneracional y cuando correspondiere, se adicionarán las prestaciones en el sistema de capitalización individual.

(2) La institución gestora uruguaya determinará el derecho del beneficiario y calculará la prestación de pasividad tanto teniendo en cuenta únicamente los períodos de seguro uruguayos como también teniendo en cuenta los períodos de seguro cumplidos en ambos Estados Contratantes.

(3) La institución gestora uruguaya al totalizar con los propios los períodos de seguro cumplidos bajo la legislación alemana, aplicará las siguientes reglas para el cálculo de la cuantía a pagar:

- a) La institución gestora determinará la cuantía de la prestación a la cual el beneficiario hubiera tenido derecho, como si todos los períodos de seguro acreditables totalizados hubieran sido cumplidos bajo su legislación (prestación de pasividad teórica).
- b) La institución gestora establecerá el importe de la prestación aplicando a la prestación de pasividad teórica, calculada según su legislación, la misma proporción existente entre el período de seguro acreditable cumplido bajo la legislación uruguaya y la totalidad de los períodos de seguro acreditables cumplidos en ambos Estados Contratantes (prestación a prorrata).

(4) Nach der Festlegung der Ansprüche gemäß den Bestimmungen in den Absätzen 2 und 3 bewilligt und zahlt der uruguayische Träger die für den Berechtigten günstigste Leistung, unabhängig von der vom deutschen Träger getroffenen Entscheidung.

(5) Wenn die uruguayischen Rechtsvorschriften zur Anerkennung des Leistungsanspruchs erfordern, dass Versicherungszeiten in einem bestimmten Zeitraum unmittelbar vor dem Leistungsfall zurückgelegt worden sind, gilt diese Voraussetzung als erfüllt, wenn unmittelbar vor dem Leistungsfall vergleichbare Versicherungszeiten nach den deutschen Rechtsvorschriften zurückgelegt worden sind.

Teil IV

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amtshilfe

Artikel 13

Amtshilfe und ärztliche Untersuchungen

(1) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung dieses Abkommens und der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos. Die Inanspruchnahme kostenpflichtiger Leistungen Dritter erfordert die vorherige Zustimmung der ersuchenden Stelle.

(2) Die Hilfe umfasst auch ärztliche Untersuchungen im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs dieses Abkommens. Sie ist kostenlos soweit die ärztlichen Untersuchungen im Interesse der Träger beider Vertragsstaaten erfolgen. Liegen die ärztlichen Untersuchungen ausschließlich im Interesse des ersuchenden Trägers, gehen die Kosten zu dessen Lasten.

Artikel 14

Anerkennung vollstreckbarer Bescheide

(1) Die vollstreckbaren Bescheide der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaats über Beiträge und sonstige Forderungen im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs dieses Abkommens werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaats widerspricht, in dem der Bescheid anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Bescheide werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet vollstreckt werden soll.

(4) Forderungen von Trägern eines Vertragsstaats aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Insolvenz- und Vergleichsverfahren im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaats.

Artikel 15

Gebühren und Legalisation

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Verwaltungsgebühren einschließlich Konsulargebühren sowie die Erstattung von Auslagen für Dokumente, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Dokumente, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkom-

(4) Determinados los derechos conforme se establece en los párrafos 2 y 3, la institución gestora uruguaya aprobará y abonará la prestación que sea más favorable al beneficiario, independientemente de la resolución adoptada por la institución gestora alemana.

(5) Si para el reconocimiento del derecho a la prestación, la legislación uruguaya exige que se hayan cumplido períodos de seguro en un tiempo determinado inmediatamente anterior al hecho causante que da origen a la prestación, esta condición se considerará cumplida si períodos de seguro equiparables, fueron cumplidos según la legislación alemana en el período inmediatamente anterior al hecho causante.

Título IV

Disposiciones diversas

Capítulo 1

Cooperación administrativa

Artículo 13

Cooperación administrativa y reconocimiento médico

(1) Las instituciones gestoras y autoridades de los Estados Contratantes se prestarán recíprocamente sus buenos oficios, al ejecutar el presente Convenio y la legislación incluida en el ámbito material del Convenio, como si se tratara de la aplicación de su propia legislación. Esta ayuda mutua será gratuita. La utilización de servicios de terceros que generen costos requerirá el consentimiento previo del organismo solicitante.

(2) La ayuda englobará igualmente el reconocimiento médico en el ámbito de aplicación material del presente Convenio. Cuando el reconocimiento médico fuera realizado en interés de las instituciones gestoras de ambos Estados Contratantes la ayuda será gratuita. Cuando el reconocimiento médico fuera realizado en interés exclusivo de la institución gestora solicitante, los costos serán de su cargo.

Artículo 14

Reconocimiento de resoluciones ejecutables

(1) Las resoluciones ejecutables de las instituciones gestoras o de las autoridades de un Estado Contratante sobre cotizaciones u otras demandas relativas al ámbito de aplicación material del presente Convenio serán reconocidas por el otro Estado Contratante.

(2) Solo se podrá negar el reconocimiento cuando sean contrarias al orden público del Estado Contratante en el cual debiera ser reconocida la resolución.

(3) Las resoluciones ejecutables reconocidas según el párrafo 1, serán ejecutadas en el otro Estado Contratante. El procedimiento de ejecución estará sujeto a la legislación del Estado Contratante en cuyo territorio se deba ejecutar.

(4) Las demandas de instituciones gestoras de un Estado Contratante, referentes a cotizaciones pendientes de pago, tendrán en caso de ejecución forzada, así como en procedimientos concursales en el territorio del otro Estado Contratante, los mismos privilegios que tuvieren las correspondientes demandas en el territorio de este Estado Contratante.

Artículo 15

Tasas y legalización

(1) El beneficio de exenciones o reducciones de impuestos o de tasas administrativas, previsto por la legislación de un Estado Contratante, incluidas las tasas consulares y el reembolso de pagos efectuados por documentos que deban presentarse en aplicación de esta legislación, se extenderá también a los documentos análogos que deban ser presentados en aplicación del presente Convenio o de la legislación del otro Estado Contra-

mens erfassten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats vorzulegen sind.

(2) Dokumente, die in Anwendung dieses Abkommens oder der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaats keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

Artikel 16

Bekanntgabe und Amtssprachen

(1) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können bei der Durchführung dieses Abkommens und der vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren.

(2) Urteile, Beschlüsse, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, unmittelbar durch einfachen Brief bekannt gegeben oder durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden. Dies gilt auch für Urteile, Beschlüsse, Bescheide und andere zustellungsbedürftige Schriftstücke, die bei der Durchführung des deutschen Gesetzes über die Versorgung der Opfer des Krieges und derjenigen Gesetze, die dieses für entsprechend anwendbar erklären, erlassen werden.

(3) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten dürfen Eingaben und Urkunden nicht zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaats abgefasst sind.

Artikel 17

Gleichstellung von Anträgen

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem Träger des ersten Vertragsstaats gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen, Auskünfte und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen, Auskünfte und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaats, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an den Träger des anderen Vertragsstaats weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaats gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats, wenn der Antrag erkennen lässt, dass Versicherungszeiten nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zurückgelegt wurden. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, dass die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats erworbenen Ansprüche auf Altersrenten aufgeschoben wird.

Artikel 18

Datenschutz

(1) Soweit aufgrund dieses Abkommens personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

a) Die Daten dürfen für die Durchführung dieses Abkommens und der Rechtsvorschriften, auf die es sich bezieht, an die danach im Empfängerstaat zuständigen Stellen übermittelt werden. Die empfangende Stelle darf sie nur für diese Zwecke verwenden. Eine Weiterübermittlung im Empfängerstaat an andere Stellen oder die Nutzung im Empfängerstaat für andere Zwecke ist im Rahmen des Rechts des Empfänger-

tante relativa al ámbito material del presente Convenio.

(2) Los documentos que deban ser presentados en aplicación del presente Convenio o de la legislación de un Estado Contratante relativa al ámbito material de este Convenio, serán dispensados de los requisitos de legalización u otras formalidades semejantes para su presentación ante los organismos del otro Estado Contratante.

Artículo 16

Comunicaciones y lenguas oficiales

(1) Las instituciones gestoras y autoridades de los Estados Contratantes, al aplicar el presente Convenio y la legislación relativa a su ámbito material, estarán habilitados a comunicarse directamente entre sí y con las personas interesadas y sus representantes, utilizando sus lenguas oficiales.

(2) Las sentencias y decisiones judiciales, resoluciones u otros pronunciamientos podrán ser comunicados directamente, por medio de carta simple, o notificadas por medio de carta certificada con acuse de recibo, a una persona que se encuentra en el territorio del otro Estado Contratante. Esto será válido también para las sentencias y decisiones judiciales, resoluciones u otros pronunciamientos de notificación obligatoria, dictados en aplicación de la Ley alemana sobre el Régimen Previsional para las Víctimas de la Guerra y de aquellas leyes que la declaren aplicable al respecto.

(3) Las instituciones gestoras y autoridades de los Estados Contratantes no podrán rechazar ni peticiones ni documentos por estar redactados en la lengua oficial del otro Estado Contratante.

Artículo 17

Equiparación de solicitudes

(1) Las solicitudes de prestaciones presentadas conforme a la legislación de un Estado Contratante ante un organismo del otro Estado Contratante autorizado a recibir solicitudes de prestaciones de este tipo según la legislación a la cual el mismo está sujeto, se considerarán como presentadas ante la institución gestora del primer Estado Contratante. Esto será aplicable análogamente a las demás solicitudes, así como a las declaraciones, informaciones y a los recursos administrativos.

(2) Las solicitudes, declaraciones, informaciones y los recursos administrativos deberán ser enviados diligentemente por el organismo del Estado Contratante ante el cual hubieran sido presentados, a la institución gestora del otro Estado Contratante.

(3) Una solicitud de prestaciones presentada según la legislación de un Estado Contratante también será válida como solicitud de la respectiva prestación conforme a la legislación del otro Estado Contratante, si de la solicitud surgiera que fueron cumplidos períodos de seguro según la legislación del otro Estado Contratante. Esto no se aplicará en el caso de que el interesado solicite expresamente que sea aplazada la determinación de los derechos a prestaciones de pasividad por vejez adquiridos según la legislación del otro Estado Contratante.

Artículo 18

Protección de datos

(1) Cuando, en virtud del presente Convenio, fueran transmitidos datos de carácter personal, serán aplicables las siguientes disposiciones, observándose la legislación vigente para cada uno de los Estados Contratantes:

a) Los datos podrán ser transmitidos, para la ejecución del presente Convenio y de la legislación aplicable al mismo, a los organismos competentes en el Estado receptor. Los datos solo podrán ser utilizados por el organismo receptor para esta finalidad. El traspaso de esos datos a otros organismos en el Estado receptor o su utilización en el Estado receptor para otros fines estará permitida en el ámbito de las disposi-

staats zulässig, wenn dies Zwecken der sozialen Sicherung einschließlich damit zusammenhängender gerichtlicher Verfahren dient. Die Verwendung ist darüber hinaus zulässig zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit.

- b) Die empfangende Stelle unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen des Betroffenen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nach dem Recht des übermittelnden Vertragsstaats nicht hätten übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies der empfangenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Diese Stelle ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.
- d) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Daten sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Im Übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht des Vertragsstaats, von dessen Stelle die Auskunft begehrt wird.
- e) Hat eine Stelle des einen Vertragsstaats personenbezogene Daten aufgrund dieses Abkommens übermittelt, kann die empfangende Stelle des anderen Vertragsstaats sich im Rahmen ihrer Haftung nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gegenüber dem Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, dass die übermittelten Daten unrichtig gewesen sind oder nicht hätten übermittelt werden dürfen.
- f) Übermittelte personenbezogene Daten sind zu löschen, sobald sie zu dem Zweck, zu dem sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind und kein Grund zu der Annahme besteht, dass durch die Löschung schutzwürdige Interessen des Betroffenen im Bereich der sozialen Sicherung beeinträchtigt werden.
- g) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten zu dokumentieren.
- h) Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten für Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse entsprechend.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung dieses Abkommens

Artikel 19

Durchführung dieses Abkommens und Verbindungsstellen

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Vereinbarungen schließen. Die zuständigen Behörden unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden vom sachlichen Geltungsbereich dieses Abkommens erfassten Rechtsvorschriften.

ciones legales de ese Estado, si dicho traspaso sirviera para fines de protección social, inclusive para procedimientos judiciales relacionados a ésta. La utilización de los datos además es admisible para prevenir e investigar delitos relevantes o para defenderse contra peligros significativos para la seguridad pública.

- b) El organismo receptor informará, previa solicitud, al organismo emisor sobre el uso de los datos transmitidos y sobre los resultados logrados con ello.
- c) El organismo emisor está obligado a cuidar de la exactitud de los datos a transmitir, así como de la necesidad y la proporcionalidad en cuanto al objetivo perseguido por la transmisión. En todo caso deberán respetarse las prohibiciones de transmisión vigentes según el respectivo derecho nacional. Los datos no serán transmitidos cuando el organismo emisor tenga razones para creer que con la transmisión se infringiría el propósito de una ley nacional o que intereses susceptibles de protección de los interesados podrían ser perjudicados. Si se demostrara que han sido transmitidos datos incorrectos o datos que según el derecho del Estado Contratante emisor no deberían haber sido transmitidos, deberá informarse inmediatamente al organismo receptor. Este organismo está obligado a corregir o borrar los datos sin demora.
- d) Previa solicitud, se deberá informar al interesado sobre los datos personales transmitidos sobre su persona, así como sobre el objetivo de uso previsto. Por lo demás, el derecho del interesado a recibir información sobre los datos existentes sobre su persona se regirá por el derecho interno del Estado Contratante de cuyo organismo se solicite la información.
- e) Si un organismo de un Estado Contratante ha transmitido datos personales sobre la base de este Convenio, el organismo receptor del otro Estado Contratante, en el marco de su responsabilidad conforme al derecho nacional, no podrá alegar para su exculpación ante el perjudicado que los datos transmitidos eran incorrectos o que no deberían haber sido transmitidos.
- f) Los datos personales transmitidos deberán ser eliminados en cuanto ya no sean necesarios para el objetivo para el cual fueron transmitidos y no haya razones para suponer que por medio de la anulación sean perjudicados intereses susceptibles de protección del interesado en el ámbito de la protección social.
- g) El organismo emisor y el organismo receptor estarán obligados a documentar la transmisión y la recepción de datos personales.
- h) El organismo emisor y el organismo receptor estarán obligados a proteger efectivamente los datos transmitidos contra acceso, modificación y divulgación no autorizados.

(2) Las disposiciones del párrafo 1 serán aplicables análogamente a secretos industriales y comerciales.

Capítulo 2

Implementación e interpretación del presente Convenio

Artículo 19

Implementación del presente Convenio y organismos de enlace

(1) Los Gobiernos o las autoridades competentes podrán acordar sobre los arreglos necesarios para la implementación del presente Convenio. Las autoridades competentes se comunicarán entre sí sobre modificaciones y enmiendas, aplicables a ellas, de la legislación relativa al ámbito material del presente Convenio.

(2) Zur Durchführung dieses Abkommens werden folgende Verbindungsstellen bestimmt:

1. in der Bundesrepublik Deutschland
 - a) für die Rentenversicherung

die Deutsche Rentenversicherung Rheinland, Düsseldorf,

die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin,

die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum,
 - b) für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung

die Deutsche Rentenversicherung für das Saarland, Saarbrücken,
 - c) für die Alterssicherung der Landwirte

die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Kassel,
 - d) soweit die gesetzlichen Krankenversicherungsträger an der Durchführung dieses Abkommens beteiligt sind,

der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn;

2. in der Republik Östlich des Uruguay

Banco de Previsión Social (Bank für Sozialvorsorge), Montevideo.

(3) Bei der Zuordnung zu einem Regionalträger innerhalb der Deutschen Rentenversicherung ist die Deutsche Rentenversicherung Rheinland, Düsseldorf, für alle Verfahren einschließlich der Feststellung und Erbringung von Leistungen zuständig, wenn

1. Versicherungszeiten nach den deutschen und den uruguayischen Rechtsvorschriften zurückgelegt oder anzurechnen sind oder
2. die berechnete Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Östlich des Uruguay hat oder
3. die berechnete Person als uruguayische Staatsangehörige ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb der Vertragsstaaten hat.

Dies gilt für Leistungen zur Teilhabe nur, wenn sie im Rahmen eines laufenden Rentenverfahrens erbracht werden.

(4) Die Verbindungsstellen werden ermächtigt, unter Beteiligung der zuständigen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen und zweckmäßigen Verwaltungsmaßnahmen zu vereinbaren, einschließlich des Verfahrens über die Erstattung und die Zahlung von Geldleistungen sowie die Einrichtung eines maschinellen Sterbedatenabgleichs zwischen beiden Vertragsstaaten.

(5) Absatz 4 gilt entsprechend für die nach Artikel 9 dieses Abkommens von den zuständigen Behörden bezeichneten Stellen.

(2) Para la implementación del presente Convenio se designan los siguientes organismos de enlace:

1. en la República Federal de Alemania,
 - a) para el seguro de jubilaciones y pensiones,

Deutsche Rentenversicherung Rheinland (Seguro de Pensiones Alemán de Renania), Düsseldorf,

Deutsche Rentenversicherung Bund (Seguro de Pensiones Alemán – Nacional), Berlín,

Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (Seguro de Pensiones Alemán de los Mineros, Ferrovianos y Marineros), Bochum,
 - b) para el seguro complementario de los obreros siderúrgicos,

Deutsche Rentenversicherung für das Saarland (Seguro de Pensiones Alemán para el Estado Federado del Sarre), Saarbrücken,
 - c) para el seguro de vejez de los agricultores,

Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (Seguro Social de la Agricultura, Silvicultura y Horticultura), Kassel,
 - d) en caso de que las instituciones de seguro de salud obligatorio estén involucradas en la implementación del presente Convenio,

Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), (Federación Nacional de las Cajas de Seguro Obligatorio de Enfermedad, Organismo de Enlace Alemán del Seguro de Enfermedad – Extranjero), Bonn;

2. en la República Oriental del Uruguay,

Banco de Previsión Social, Montevideo.

(3) Cuando se atribuyan las competencias a una institución regional dentro del Seguro de Pensiones Alemán, el Deutsche Rentenversicherung Rheinland (Seguro de Pensiones Alemán de Renania), Düsseldorf, será responsable de todos los procedimientos incluyendo la determinación y el pago de prestaciones, si

1. fueron cumplidos o sean computables períodos de seguro de acuerdo con las legislaciones alemana y uruguaya, o
2. la persona beneficiaria tenga su residencia habitual en el territorio de la República Oriental del Uruguay, o
3. la persona beneficiaria de nacionalidad uruguaya tenga su residencia habitual fuera de los Estados Contratantes.

Esto será válido para prestaciones para la reinserción social y laboral solamente si se abonaran en el marco de un procedimiento de otorgamiento de prestación de pasividad en curso.

(4) Los organismos de enlace estarán autorizados, con la participación de las autoridades competentes, a acordar en el marco de sus competencias las medidas administrativas necesarias y adecuadas para la implementación de este Convenio, incluyendo el procedimiento para el reembolso y el pago de prestaciones dinerarias, así como la creación de un sistema de cotejo informático de datos sobre fallecimientos entre ambos Estados Contratantes.

(5) El párrafo 4 rige correspondientemente para los organismos designados por las autoridades competentes según el artículo 9 del presente Convenio.

Artikel 20**Währung und Umrechnungskurse**

(1) Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaats an eine Person, die sich im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats aufhält, in der Währung des leistenden Trägers mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistungen zugrunde gelegt worden ist.

(2) Hat ein Träger eines Vertragsstaats an einen Träger des anderen Vertragsstaats Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaats zu leisten.

Artikel 21**Erstattungen**

Hat der Träger eines Vertragsstaats Geldleistungen zu Unrecht erbracht, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats zugunsten des Trägers einbehalten werden.

Artikel 22**Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie durch eine im beiderseitigen Einvernehmen gebildete gemeinsame Ad-hoc-Kommission geregelt.

Teil V

Übergangs- und Schlussbestimmungen

Artikel 23**Leistungsansprüche auf der Grundlage dieses Abkommens**

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten und andere rechtserhebliche Sachverhalte berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung dieses Abkommens nicht entgegen.

(4) Wird ein Antrag auf eine Rente, auf die nur unter Anwendung dieses Abkommens Anspruch besteht, innerhalb von 24 Monaten nach seinem Inkrafttreten gestellt, so beginnt die Rente mit dem Kalendermonat, zu dessen Beginn die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt waren, frühestens mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens.

(5) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können auf Antrag neu festgestellt werden, wenn sich aufgrund der Bestimmungen dieses Abkommens eine Änderung ergibt. Renten, die vor dem Inkrafttreten des Abkommens festgestellt sind, können auch von Amts wegen neu festgestellt werden. In diesen Fällen gilt der Tag, an dem der Träger eines Vertragsstaats das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats.

Artículo 20**Moneda y tipos de cambio**

(1) Las prestaciones dinerarias podrán ser efectuadas por una institución gestora de un Estado Contratante a una persona que se encuentre en el territorio del otro Estado Contratante, en la moneda de la institución pagadora y con efecto liberatorio. En la relación entre la institución gestora y el beneficiario es determinante para la conversión el tipo de cambio del día que sirvió de base para la transferencia de las prestaciones dinerarias.

(2) Si una institución gestora de un Estado Contratante tiene que efectuar pagos a una institución gestora del otro Estado Contratante, éstos se realizarán en la moneda del segundo Estado Contratante.

Artículo 21**Reembolsos**

En caso de que la institución gestora de un Estado Contratante haya pagado indebidamente prestaciones dinerarias, el importe pagado indebidamente podrá, de acuerdo con la legislación del otro Estado Contratante, ser retenido de otra prestación en favor de la institución gestora.

Artículo 22**Solución de controversias**

(1) Las autoridades competentes deberán resolver, en la medida de lo posible, las controversias entre ambos Estados Contratantes relativas a la interpretación o aplicación del presente Convenio.

(2) Si una controversia no puede ser resuelta de esta manera, deberá ser dirimida por una comisión ad hoc constituida de común acuerdo por ambos Estados Contratantes.

Título V

Disposiciones Transitorias y Finales

Artículo 23**Derechos a prestaciones emanados del presente Convenio**

(1) El presente Convenio no otorgará derechos a prestaciones con anterioridad a su entrada en vigencia.

(2) Al aplicarse el presente Convenio se tendrán en cuenta también los períodos de seguro cumplidos conforme a las legislaciones de los Estados Contratantes y otros hechos jurídicamente relevantes ocurridos con anterioridad a su entrada en vigencia.

(3) Las decisiones anteriores al Convenio no impedirán su aplicación.

(4) En el caso de que dentro del plazo de 24 meses posteriores a la entrada en vigencia del presente Convenio, sea presentada una solicitud de prestación de pasividad a la cual solo se tendría derecho aplicándose este Convenio, el derecho a la prestación de pasividad tendrá inicio en el mes calendario al comienzo del cual se hayan cumplido los requisitos necesarios para el reconocimiento del derecho a la prestación, pero no antes de la entrada en vigencia de este Convenio.

(5) Las prestaciones de pasividad determinadas antes de la entrada en vigencia del presente Convenio podrán ser recalculadas, previa solicitud, si de la aplicación de las disposiciones del Convenio resulta alguna alteración. Las prestaciones de pasividad determinadas antes de la entrada en vigencia del Convenio también podrán ser recalculadas de oficio. En estos casos, el día en el cual la institución gestora de un Estado Contratante da inicio al procedimiento será considerado como el día de presentación de la solicitud según la legislación del otro Estado Contratante.

(6) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 5 keine oder eine niedrigere Rente als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der bisherigen Höhe weiterzuzahlen.

Artikel 24
Protokoll

Das beiliegende Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 25
Ratifikation und Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Montevideo, Republik Östlich des Uruguay ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

Artikel 26
Geltungsdauer und Kündigung

(1) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es bis zum 30. September eines Kalenderjahres auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Die Kündigung wird am 1. Januar des auf die Kündigung folgenden Kalenderjahres wirksam.

(2) Tritt dieses Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluss eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthalts im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt.

Geschehen zu Berlin am 8. April 2013 in zwei Urschriften, jede in deutscher und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(6) Si del recálculo según el párrafo 5 no resultare ningún derecho a una prestación de pasividad o solo a una prestación de pasividad inferior a la que se pagaba antes de la fecha de entrada en vigencia del presente Convenio, se continuará pagando el valor de la prestación que se pagaba hasta esa fecha.

Artículo 24
Protocolo

El Protocolo adjunto es parte integrante del presente Convenio.

Artículo 25
Ratificación y entrada en vigencia

(1) El presente Convenio tendrá que ser ratificado. Los instrumentos de ratificación serán intercambiados a la mayor brevedad en Montevideo, República Oriental del Uruguay.

(2) El presente Convenio entrará en vigencia el primer día del tercer mes siguiente al de la fecha en que hayan sido intercambiados los instrumentos de ratificación.

Artículo 26
Vigencia y denuncia

(1) El presente Convenio tendrá duración indefinida. Cada Estado Contratante podrá denunciarlo por escrito, por vía diplomática, hasta el 30 de septiembre de cada año. La denuncia surtirá efecto el 1° de enero del año siguiente a la misma.

(2) Si el presente Convenio es denunciado y deja de tener vigencia, sus disposiciones seguirán siendo válidas para los derechos a prestaciones adquiridos hasta la denuncia. No se tendrá en consideración para estos derechos la legislación restrictiva sobre la exclusión de un derecho o sobre la suspensión o supresión de prestaciones debido a la residencia en el extranjero.

Hecho en Berlín el 8 de abril de 2013 en dos originales de idéntico tenor en idiomas alemán y español, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Por la República Federal de Alemania

Guido Westerwelle
Annette Niederfranke

Für die Republik Östlich des Uruguay
Por la República Oriental del Uruguay

Luis Leonardo Almagro Lemes
Alberto Antonio Guani Amarilla

**Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Östlich des Uruguay
über Soziale Sicherheit**

**Protocolo
relativo al Convenio de Seguridad Social
entre la República Federal de Alemania
y la República Oriental del Uruguay**

Bei der Unterzeichnung des Abkommens über Soziale Sicherheit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay erklären die unterzeichnenden Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, dass Einvernehmen über Folgendes besteht:

1. Zu Artikel 1 Absatz 1 Nummer 9 des Abkommens:

Der gewöhnliche Aufenthalt ergibt sich aus dem tatsächlichen, rechtmäßigen und auf Dauer ausgerichteten Verweilen sowie dem Schwerpunkt der Lebensverhältnisse.

2. Zu Artikel 2 des Abkommens:

a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung gelten die besonderen Bestimmungen des Abkommens (Teil III) nicht.

b) Für die Republik Östlich des Uruguay erfasst der Begriff „beitragsabhängige Rentensysteme“

– die folgenden Umlagesysteme der Banco de Previsión Social (Bank für Sozialvorsorge), der Caja Notarial de Jubilaciones y Pensiones (Rentenkasse der Notare), der Caja de Jubilaciones y Pensiones Bancaria (Rentenkasse der Banken), der Caja de Jubilaciones y Pensiones de Profesionales Universitarios (Rentenkasse der selbstständigen Hochschulabsolventen), der Servicio de Retiro y Pensiones de las Fuerzas Armadas (Einrichtung für die Ruhestandsgelder und Pensionen der Streitkräfte) und der Dirección Nacional de Asistencia y Seguridad Social Policial (Nationaldirektion für die Unterstützung und Soziale Sicherheit der Polizei) sowie

– die individuellen Kapitaldeckungssysteme der Administradoras de Fondos de Ahorro Previsional (AFAP – Pensionsfondsverwaltungen) und der Versicherungsgesellschaften.

3. Zu Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens:

a) Ungeachtet des Artikels 2 Absatz 2 des Abkommens berücksichtigt

– der deutsche Träger soweit erforderlich auch Versicherungszeiten einer Person, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz zurückgelegt worden sind;

Al firmar el Convenio de Seguridad Social entre la República Federal de Alemania y la República Oriental del Uruguay, los apoderados firmantes de ambos Estados Contratantes declaran que reina mutua conformidad sobre lo siguiente:

1. Sobre el artículo 1 párrafo 1 numeral 9 del Convenio:

la residencia habitual de la persona resulta de su permanencia real, legal y duradera, y del lugar donde se concentren sus relaciones sociales.

2. Sobre el artículo 2 del Convenio:

a) Las disposiciones específicas del presente Convenio (Título III) no serán aplicables al seguro complementario de los obreros siderúrgicos existente en la República Federal de Alemania.

b) Para la República Oriental del Uruguay, el término “sistemas de jubilaciones y pensiones contributivas” comprende:

– los sistemas de reparto a cargo del Banco de Previsión Social, la Caja Notarial de Jubilaciones y Pensiones, la Caja de Jubilaciones y Pensiones Bancarias, la Caja de Jubilaciones y Pensiones de Profesionales Universitarios, el Servicio de Retiros y Pensiones de las Fuerzas Armadas y la Dirección Nacional de Asistencia y Seguridad Social Policial, así como

– los sistemas de capitalización individual a cargo de las Administradoras de Fondos de Ahorro Previsional (AFAP) y empresas aseguradoras.

3. Sobre el artículo 2 párrafo 2 del Convenio:

a) no obstante lo dispuesto en el artículo 2 párrafo 2 del Convenio

– la institución gestora alemana, en cuanto fuere necesario, considerará también los períodos de seguro cumplidos por una persona en otro Estado miembro de la Unión Europea, en otro Estado signatario del Acuerdo sobre el Espacio Económico Europeo o en Suiza.

- der uruguayische Träger soweit erforderlich auch Versicherungszeiten einer Person, die in einem anderen Unterzeichnerstaat des Iberoamerikanischen Multilateralen Abkommens über Soziale Sicherheit, in einem anderen Unterzeichnerstaat des Multilateralen Abkommens über Soziale Sicherheit des Mercosur oder in einem Staat, mit dem die Republik Östlich des Uruguay ein bilaterales Abkommen über Soziale Sicherheit geschlossen hat, zurückgelegt worden sind.
 - b) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland gilt Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens nicht, soweit das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung Versicherungslastregelungen enthält, nach denen Versicherungszeiten endgültig in die Last eines Staates übergegangen oder aus dessen Last abgegeben worden sind.
4. Zu Artikel 4 des Abkommens:
- Für die Bundesrepublik Deutschland gilt Folgendes:
- a) Rechtsvorschriften, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.
 - b) Versicherungslastregelungen in zwischenstaatlichen Abkommen oder im überstaatlichen Recht bleiben unberührt.
 - c) Sich gewöhnlich außerhalb der Bundesrepublik Deutschland aufhaltende Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Union, eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz haben, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung nur nach der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 berechtigt.
 - d) Uruguayische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt; soweit sie sich gewöhnlich außerhalb des Hoheitsgebiets der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind sie zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie zu dieser Beitragszeiten für mindestens 60 Monate zurückgelegt haben. Dies gilt entsprechend für Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens der Vereinten Nationen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und für Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen, die sich im Hoheitsgebiet der Republik Östlich des Uruguay gewöhnlich aufhalten. Für die übrigen vom Abkommen erfassten Personen gilt Artikel 4 des Abkommens nicht für die freiwillige Versicherung in der deutschen Rentenversicherung. Günstigere innerstaatliche Rechtsvorschriften bleiben unberührt.
5. Zu Artikel 5 des Abkommens:
- a) Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt im Hoheitsgebiet der Republik Östlich des Uruguay erhalten eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit nach den deutschen Rechtsvorschriften nur, wenn der Leistungsanspruch unabhängig von der Arbeitsmarktlage besteht.
 - b) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen aus Versicherungszeiten, die nicht im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegt worden sind, bleiben unberührt.
- die institution gestora uruguayaya, en cuanto fuere necesario, considerará también los períodos de seguro cumplidos por una persona en otro Estado signatario del Convenio Multilateral Iberoamericano de Seguridad Social, en otro Estado signatario del Acuerdo Multilateral de Seguridad Social del Mercosur o en un Estado con el cual la República Oriental del Uruguay hubiere celebrado un convenio bilateral de seguridad social.
 - b) El artículo 2 párrafo 2 del Convenio no se aplicará para la República Federal de Alemania en cuanto el otro Convenio o la regulación supraestatal contengan acuerdos sobre la repartición de cargas de seguro según los cuales los períodos de seguro han pasado a estar definitivamente a cargo de un Estado o ya no están definitivamente a su cargo.
4. Sobre el artículo 4 del Convenio:
- Respecto de la República Federal de Alemania, se aplicará lo siguiente:
- a) La legislación que garantice la participación de los asegurados y de los empleadores en los órganos de autonomía administrativa de las instituciones gestoras, al igual que en la jurisdicción sobre la Seguridad Social, no se verá afectada.
 - b) Las disposiciones de convenios interestatales o de la regulación supraestatal sobre la repartición de cargas de seguro no se verán afectadas.
 - c) Las personas que residan habitualmente fuera de la República Federal de Alemania y que posean la nacionalidad de un Estado miembro de la Unión Europea, de un Estado signatario del Acuerdo sobre el Espacio Económico Europeo o de Suiza tendrán el derecho a seguro voluntario en el régimen alemán de jubilaciones y pensiones exclusivamente en consonancia con el Reglamento (CE) n° 883/2004.
 - d) Los nacionales uruguayos que residen habitualmente en el territorio de la República Federal de Alemania, tendrán derecho al seguro voluntario en el régimen alemán de jubilaciones y pensiones; si residen habitualmente fuera del territorio de la República Federal de Alemania, tendrán derecho al seguro voluntario en el régimen alemán de jubilaciones y pensiones, si hubiesen cumplido en éste períodos de cotización de por lo menos 60 meses. Esto se aplicará análogamente a los refugiados, conforme al Artículo 1 de la Convención de las Naciones Unidas sobre el Estatuto Jurídico de los Refugiados, del 28 de julio de 1951 y de su Protocolo del 31 de enero de 1967 sobre el Estatuto Jurídico de los Refugiados, y a los apátridas conforme al Artículo 1 de la Convención sobre el Estatuto Jurídico de los Apátridas, del 28 de septiembre de 1954, que residan habitualmente en el territorio de la República Oriental del Uruguay. Con respecto a las demás personas alcanzadas por el Convenio, el Artículo 4 del Convenio no es aplicable al seguro voluntario en el régimen alemán de jubilaciones y pensiones. Cualquier legislación interna más favorable mantiene su vigencia.
5. Sobre el artículo 5 del Convenio:
- a) Las personas con residencia habitual en el territorio de la República Oriental del Uruguay solo recibirán una prestación de pasividad por invalidez según la legislación alemana si el derecho a la prestación existiera independientemente de la correspondiente situación del mercado laboral.
 - b) No se verá afectada la legislación alemana sobre prestaciones resultantes de períodos de seguro que no fueron cumplidos en el territorio de la República Federal de Alemania.

- c) Die deutschen Rechtsvorschriften über Leistungen zur Teilhabe durch die Träger der Rentenversicherung und der Alterssicherung der Landwirte bleiben unberührt.
- d) Die deutschen Rechtsvorschriften, die das Ruhen von Ansprüchen aus der Rentenversicherung für Personen vorsehen, die sich einem gegen sie betriebenen Strafverfahren durch Aufenthalt im Ausland entziehen, bleiben unberührt.
- e) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland findet Artikel 5 Absatz 1 des Abkommens auch Anwendung auf Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens der Vereinten Nationen vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und auf Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen sowie auf Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union, eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz haben, sowie auf Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einer der vorgenannten Personen ableiten.
- f) In Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland findet Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens auch Anwendung auf Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union, eines Vertragsstaats des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz haben, sowie auf Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einer der vorgenannten Personen ableiten.
6. Zu den Artikeln 6 bis 9 des Abkommens:
Untersteht eine Person nach den Artikeln 6 bis 9 des Abkommens
- a) den deutschen Rechtsvorschriften, so sind in gleicher Weise hinsichtlich dieser Beschäftigung in Bezug auf die Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung sowie die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung (Arbeitslosenversicherung) allein die deutschen Vorschriften anzuwenden, als wäre sie in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt;
- b) den uruguayischen Rechtsvorschriften, so sind in gleicher Weise hinsichtlich dieser Beschäftigung in Bezug auf die Kranken-, Mutterschafts- und Arbeitslosenversicherung allein die uruguayischen Vorschriften anzuwenden, als wäre sie in der Republik Östlich des Uruguay beschäftigt.
7. Zu Artikel 7 des Abkommens:
- a) Eine Entsendung in den anderen Vertragsstaat liegt insbesondere dann nicht vor, wenn die Tätigkeit der entsandten abhängig beschäftigten Person nicht dem Tätigkeitsbereich des Arbeitgebers im Entsendestaat entspricht oder die zum Zwecke der Entsendung eingestellte Person zu diesem Zeitpunkt ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Entsendestaat hat.
- b) Für Personen, die am Tag des Inkrafttretens des Abkommens bereits entsandt sind, beginnt der Zeitraum von 24 Monaten mit diesem Tag.
- c) Der Zeitraum von 24 Monate kann in Teilzeiträumen zurückgelegt werden.
8. Zu Artikel 9 des Abkommens:
Artikel 9 des Abkommens gilt unter anderem für
- eine abhängig beschäftigte Person eines Unternehmens mit Sitz in einem Vertragsstaat, die vorübergehend mehr als zwei Monate im Kalenderjahr bei einer rechtlich selbstständigen Beteiligungsgesellschaft dieses Unternehmens
- c) No se verá afectada la legislación alemana sobre prestaciones para la reinserción social y laboral por parte de las instituciones gestoras del seguro de jubilaciones y pensiones, ni sobre las prestaciones del seguro de vejez de los agricultores.
- d) No se verá afectada la legislación alemana que prevé la suspensión de los derechos a prestaciones del seguro de jubilaciones y pensiones para personas que han evadido un proceso penal pendiente en su contra radicándose en el extranjero.
- e) Respecto de la República Federal de Alemania, el artículo 5 párrafo 1 del Convenio también será aplicable a los refugiados conforme al Artículo 1 de la Convención de las Naciones Unidas sobre el Estatuto Jurídico de los Refugiados, del 28 de julio de 1951, y de su Protocolo del 31 de enero de 1967 sobre el Estatuto Jurídico de los Refugiados, y a los apátridas conforme al Artículo 1 de la Convención sobre el Estatuto Jurídico de los Apátridas, del 28 de septiembre de 1954, así como a las personas que posean la nacionalidad de un Estado miembro de la Unión Europea, de un Estado signatario del Acuerdo sobre el Espacio Económico Europeo o de Suiza, así como a titulares de derechos derivados de una de las personas arriba mencionadas.
- f) Respecto de la República Federal de Alemania el artículo 5 párrafo 2 del Convenio también será aplicable a las personas que posean la nacionalidad de un Estado miembro de la Unión Europea, de un Estado signatario del Acuerdo sobre el Espacio Económico Europeo o de Suiza, así como a titulares de derechos derivados de una de las personas arriba mencionadas.
6. Sobre los artículos 6 a 9 del Convenio:
Si una persona estuviese sometida, según los artículos 6 a 9 del Convenio:
- a) a la legislación alemana, en relación a la respectiva actividad laboral se aplicarán igualmente, en materia de los seguros de enfermedad, de dependencia y de accidentes, así como en relación con el seguro obligatorio según el derecho de promoción del empleo (seguro de desempleo), únicamente las disposiciones alemanas, como si estuviera empleada en la República Federal de Alemania.
- b) a la legislación uruguaya, en relación a la respectiva actividad laboral se aplicarán igualmente, en materia de seguros de salud, maternidad y desempleo, únicamente las disposiciones uruguayas, como si estuviera empleada en la República Oriental del Uruguay.
7. Sobre el artículo 7 del Convenio:
- a) El traslado al otro Estado Contratante no se considerará como tal especialmente cuando la actividad de la persona trasladada que desempeña una actividad laboral en relación de dependencia no corresponda al ámbito de actividades del empleador en el Estado de origen, o la persona contratada con el fin de ser trasladada no tenga en ese momento su residencia habitual en el Estado de origen.
- b) Para personas que ya se encuentren trasladadas en el día de entrada en vigencia del Convenio, el período de 24 meses comenzará a computarse a partir de esa misma fecha.
- c) Los 24 meses pueden cumplirse en períodos discontinuos.
8. Sobre el artículo 9 del Convenio:
El artículo 9 del Convenio regirá, entre otros, para:
- una persona que desempeña una actividad laboral en relación de dependencia en una empresa con domicilio social en un Estado Contratante, que esté empleada temporalmente más de dos meses por año calendario en una

mit Sitz im anderen Vertragsstaat beschäftigt wird und für diesen Zeitraum zu Lasten dieser Beteiligungsgesellschaft im Beschäftigungsstaat Arbeitsentgelt bezieht, und

- eine Person, die im Bereich der kulturellen, humanitären oder wissenschaftlichen Zusammenarbeit vorübergehend im anderen Vertragsstaat tätig ist.

9. Zu Artikel 24 des Abkommens:

Dieses Protokoll liegt dem heute unterzeichneten Abkommen bei.

entidad jurídicamente independiente vinculada a aquella empresa con domicilio social en el otro Estado Contratante y que durante este período reciba un salario a cargo de esa entidad en el Estado en el cual ejerce la actividad laboral, y

- una persona que desarrolla temporalmente una actividad en el ámbito de la cooperación cultural, humanitaria o científica en el otro Estado Contratante.

9. Sobre el artículo 24 del Convenio:

Se adjunta este Protocolo al Convenio suscrito en el día de hoy.

Vereinbarung
zur Durchführung des Abkommens vom 8. April 2013
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Östlich des Uruguay
über Soziale Sicherheit

Acuerdo
para la implementación del Convenio de Seguridad Social
firmado el 8 de abril de 2013
entre la República Federal de Alemania
y la República Oriental del Uruguay

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Östlich des Uruguay –

El Gobierno de la República Federal de Alemania
y
el Gobierno de la República Oriental del Uruguay

auf der Grundlage des Artikels 19 Absatz 1 des Abkommens vom 8. April 2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay über Soziale Sicherheit, im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet –

sobre la base del artículo 19 párrafo 1 del Convenio de Seguridad Social, firmado el 8 de abril de 2013 entre la República Federal de Alemania y la República Oriental del Uruguay, a continuación denominado “el Convenio”,

haben Folgendes vereinbart:

han acordado lo siguiente:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Título I
Disposiciones generales

Artikel 1
Begriffsbestimmungen

In dieser Vereinbarung werden die im Abkommen enthaltenen Begriffe in der dort festgelegten Bedeutung verwendet.

Artículo 1
Definiciones

A los efectos de este Acuerdo, los términos definidos en el Convenio tendrán el significado que en él se les asigna.

Artikel 2
Aufklärungspflichten

Den nach Artikel 19 Absatz 2 des Abkommens bestimmten Verbindungsstellen und den nach Artikel 9 des Abkommens von den zuständigen Behörden bezeichneten Stellen obliegt im Rahmen ihrer Zuständigkeit die allgemeine Aufklärung der in Betracht kommenden Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artículo 2
Obligaciones de información

A los organismos de enlace determinados en el artículo 19 párrafo 2 del Convenio y a los organismos designados por las autoridades competentes según el artículo 9 del Convenio les corresponde, en el marco de sus competencias, brindar la información general a las respectivas personas, sobre los derechos y deberes según el Convenio.

Artikel 3
Mitteilungspflichten

(1) Die in Artikel 19 Absätze 2 und 5 sowie in Artikel 13 des Abkommens genannten Stellen haben im Rahmen ihrer Zuständigkeit einander und den betroffenen Personen die Tatsachen mitzuteilen und die Beweismittel zur Verfügung zu stellen, die zur Sicherung der Rechte und Pflichten erforderlich sind, die sich aus dem Abkommen, den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften sowie dieser Vereinbarung ergeben.

Artículo 3
Obligaciones de comunicación

(1) Los organismos designados en el artículo 19 párrafos 2 y 5, así como en el artículo 13 del Convenio, tendrán en el marco de sus competencias, que comunicar y poner a disposición entre sí y a las personas interesadas los hechos y las pruebas que resulten necesarias para garantizar los derechos y obligaciones resultantes del Convenio, de la legislación mencionada en el artículo 2 párrafo 1 del Convenio, así como del presente Acuerdo.

(2) Hat eine Person nach dem Abkommen, nach den in Artikel 2 Absatz 1 des Abkommens genannten Rechtsvorschriften oder nach dieser Vereinbarung die Pflicht, dem Träger oder einer anderen Stelle bestimmte Tatsachen mitzuteilen, so gilt diese Pflicht auch in Bezug auf entsprechende Tatsachen, die im Gebiet des anderen Vertragsstaats oder nach dessen Rechtsvorschriften gegeben sind. Dies gilt auch, soweit eine Person bestimmte Beweismittel zur Verfügung zu stellen hat.

(3) In Bezug auf Artikel 8 Absatz 2 des Abkommens hat der Arbeitgeber die getroffene Wahl in der Bundesrepublik Deutschland der Einzugsstelle und in der Republik Östlich des Uruguay der Banco de Previsión Social (Bank für Sozialvorsorge), Montevideo, mitzuteilen.

Artikel 4

Bescheinigung über die anzuwendenden Rechtsvorschriften

(1) Für die Durchführung der Artikel 7 und 9 des Abkommens erteilt die zuständige Stelle des Vertragsstaats, dessen Rechtsvorschriften anzuwenden sind, in Bezug auf die in Betracht kommende Beschäftigung auf Antrag eine Bescheinigung darüber, dass für die abhängig beschäftigte Person und ihren Arbeitgeber oder für die selbstständig erwerbstätige Person diese Rechtsvorschriften gelten. Die Bescheinigung muss mit einer bestimmten Gültigkeitsdauer versehen sein.

(2) Sind die deutschen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt in den Fällen des Artikels 7 des Abkommens der Träger der Krankenversicherung, an den die Beiträge zur Rentenversicherung abgeführt werden, andernfalls die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin, diese Bescheinigung aus. In den Fällen des Artikels 9 des Abkommens stellt der Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA), Bonn, die Bescheinigung aus.

(3) Sind die uruguayischen Rechtsvorschriften anzuwenden, so stellt die Banco de Previsión Social (Bank für Sozialvorsorge), Montevideo, diese Bescheinigung aus.

Artikel 5

Zahlverfahren

Renten oder andere Geldleistungen an Empfänger im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats werden unmittelbar ausgezahlt.

Artikel 6

Beitragsrückstände

Der Antrag auf Beitreibung von Beiträgen im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs des Abkommens erfolgt über

1. in der Bundesrepublik Deutschland
 - die Deutsche Rentenversicherung Rheinland, Düsseldorf,
 - die Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin,
 - die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See, Bochum, oder
 - die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau, Kassel;
2. in der Republik Östlich des Uruguay
 - die Banco de Previsión Social (Bank für Sozialvorsorge), Montevideo.

(2) Cuando una persona, según el Convenio, la legislación mencionada en el artículo 2 párrafo 1 del Convenio o el presente Acuerdo, tenga la obligación de comunicar determinados hechos a la institución gestora o a otro organismo, esta obligación regirá también en relación a los hechos ocurridos en el territorio del otro Estado Contratante o según la legislación de este último. Esta obligación también será aplicable si una persona debiera proporcionar determinadas pruebas.

(3) En relación al artículo 8 párrafo 2 del Convenio, el empleador deberá comunicar la opción realizada, en la República Federal de Alemania, a la oficina recaudadora, y en la República Oriental del Uruguay, al Banco de Previsión Social.

Artículo 4

Certificación de la legislación aplicable

(1) A efectos de la implementación de los artículos 7 y 9 del Convenio, el organismo competente del Estado Contratante cuya legislación ha de aplicarse, previa solicitud, extenderá, en relación con la respectiva actividad laboral, una certificación que determine que la persona que desempeña una actividad en relación de dependencia y su empleador, o el trabajador independiente, se encuentran sujetos a su legislación. La certificación deberá indicar un período de validez determinado.

(2) Si se ha de aplicar la legislación alemana, en los casos del artículo 7 del Convenio la institución de seguro de enfermedad, a la cual se transfieren las cotizaciones al régimen de jubilaciones y pensiones, o en su defecto la Deutsche Rentenversicherung Bund (Seguro de Pensiones Alemán – Nacional), Berlín, extenderá esta certificación. En los casos del artículo 9 del Convenio la Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband), Deutsche Verbindungsstelle Krankenversicherung – Ausland (DVKA) – (Federación Nacional de las Cajas de Seguro Obligatorio de Enfermedad, Organismo de Enlace Alemán del Seguro de Enfermedad – Extranjero), Bonn, extenderá la certificación.

(3) Si se ha de aplicar la legislación uruguaya, el Banco de Previsión Social, Montevideo, extenderá esta certificación.

Artículo 5

Procedimiento de pago

Las prestaciones de pasividad u otras prestaciones dinerarias pagaderas a personas que se encuentren en el territorio del otro Estado Contratante serán abonadas directamente.

Artículo 6

Cotizaciones pendientes de pago

La petición de cobro de cotizaciones en el ámbito de aplicación material del Convenio, se efectuará a través de:

1. En la República Federal de Alemania
 - Deutsche Rentenversicherung Rheinland (Seguro de Pensiones Alemán de Renania), Düsseldorf,
 - Deutsche Rentenversicherung Bund (Seguro de Pensiones Alemán – Nacional), Berlín,
 - Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (Seguro de Pensiones Alemán de los Mineros, Ferroviarios y Marineros), Bochum, o
 - Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (Seguro Social de la Agricultura, Silvicultura y Horticultura), Kassel;
2. En la República Oriental del Uruguay
 - Banco de Previsión Social, Montevideo.

Abschnitt II
Besondere Bestimmungen

Artikel 7
Statistiken

Die nach Artikel 19 Absatz 2 des Abkommens bestimmten Verbindungsstellen erstellen jährlich nach dem Stand vom 31. Dezember Statistiken über die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats vorgenommenen Zahlungen. Die Angaben sollen sich nach Möglichkeit auf Zahl und Gesamtbetrag der Zahlungen erstrecken, die nach Leistungsarten gegliedert sind. Das Nähere regeln die Verbindungsstellen.

Abschnitt III
Schlussbestimmung

Artikel 8
Inkrafttreten und Vereinbarungsdauer

(1) Diese Vereinbarung tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander mitgeteilt haben, dass die erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Vereinbarung erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Diese Vereinbarung ist vom Tag des Inkrafttretens des Abkommens an anzuwenden und gilt für dieselbe Dauer.

Geschehen zu Berlin am 8. April 2013 in zwei Urschriften, jede in deutscher und in spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Título II
Disposiciones especiales

Artículo 7
Estadísticas

Los organismos de enlace determinados según el artículo 19 párrafo 2 del Convenio elaborarán anualmente estadísticas al 31 de diciembre, sobre los pagos realizados al territorio del otro Estado Contratante. Los datos deberán incluir, en la medida de lo posible, el número y el monto total de pagos, discriminados según tipo de prestaciones. Los detalles los regularán los organismos de enlace.

Título III
Disposición Final

Artículo 8
Entrada en vigencia y duración

(1) El presente Acuerdo entrará en vigencia en la fecha en la cual ambos Gobiernos se hayan comunicado mutuamente que se han cumplido todos los requisitos de su normativa nacional para la entrada en vigencia del Acuerdo. A tales efectos será determinante la fecha de recepción de la última comunicación.

(2) El presente Acuerdo será aplicable a partir de la misma fecha que el Convenio y tendrá igual duración.

Hecho en Berlín el 8 de abril de 2013 en dos originales de idéntico tenor, en idiomas alemán y español, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Por el Gobierno de la República Federal de Alemania

Guido Westerwelle
Annette Niederfranke

Für die Regierung der Republik Östlich des Uruguay
Por el Gobierno de la República Oriental del Uruguay

Luis Leonardo Almagro Lemes
Alberto Antonio Guani Amarilla

Denkschrift

I. Allgemeines

Das **Abkommen** regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung. Es begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnerinnen und Einwohnern beider Staaten, sieht die Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen sowie deren Hinterbliebene und die uneingeschränkte Rentenzahlung auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat vor (Leistungsexportprinzip). Die Voraussetzungen für einen Rentenanspruch können durch Zusammenrechnung der in beiden Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten erfüllt werden. Jeder Staat zahlt aber nur die Rente für die nach seinem Recht zurückgelegten Versicherungszeiten.

Werden gewöhnlich in Deutschland beschäftigte Arbeitnehmer nach Uruguay entsandt, werden sie dort von der Rentenversicherungspflicht befreit; spiegelbildlich werden hier nach Deutschland entsandte Arbeitnehmer aus Uruguay von der Rentenversicherungspflicht befreit. Der Schutz der Rentenversicherung im jeweiligen Herkunftsland bleibt bestehen und kostenintensive Doppelversicherungen werden vermieden.

Die **Durchführungsvereinbarung** enthält die zur Anwendung des Abkommens erforderlichen Bestimmungen, die vor allem technischer Art sind. Sie betreffen insbesondere Mitteilungspflichten zwischen den Versicherungsträgern beider Vertragsstaaten, das Ausstellen von Bescheinigungen und die Erstellung von Statistiken.

II. Besonderer Teil

Teil I (Artikel 1 bis 5) beinhaltet allgemeine Bestimmungen, die den Geltungsbereich des Abkommens und Grundsätze für dessen Anwendung definieren.

Artikel 1 und Nummer 1 des **Protokolls** bestimmen die Begriffe, die in den nachfolgenden Vorschriften wiederholt verwendet werden. Durch die Definition häufig verwendeter Begriffe soll die Anwendung des Abkommens erleichtert werden.

Artikel 2 und die Nummern 2 und 3 des **Protokolls** legen den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest, indem sie die innerstaatlichen Rechtsvorschriften nennen, auf die sich das Abkommen bezieht. Andere bilaterale Abkommen oder multilaterale Regelungen der Vertragsstaaten sind dabei grundsätzlich nicht anzuwenden; dies gilt aber nicht für Deutschland, wenn diese Abkommen oder Regelungen Versicherungslastregelungen enthalten. Für die Mindestversicherungszeiten berücksichtigt Deutschland zusätzlich Versicherungszeiten in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union, des Europäischen Wirtschaftsraums oder in der Schweiz und Uruguay in einem anderen Unterzeichnerstaat des Iberoamerikanischen Multilateralen Abkommens über Soziale Sicherheit, des Multilateralen Abkommens über Soziale Sicherheit des Mercosur oder in einem Staat, mit dem Uruguay ein bilaterales Abkommen geschlossen hat.

Artikel 3 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt. Es handelt sich um ein offenes Abkommen. Unabhängig von der Staatsangehörigkeit werden alle Personen erfasst, die unter die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten fielen oder fallen.

Artikel 4 enthält für jeden Vertragsstaat die grundsätzliche Verpflichtung, die vom Abkommen erfassten Personen wie seine eigenen Staatsangehörigen zu behandeln, wenn sie sich gewöhnlich im anderen Vertragsstaat aufhalten. Nummer 4 Buchstabe d des **Protokolls** schränkt die Gleichbehandlung für uruguayische Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland sowie für Flüchtlinge und Staatenlose mit gewöhnlichem Aufenthalt in Uruguay teilweise ein. Sie sind nur zur freiwilligen Versicherung in der deutschen Rentenversicherung berechtigt, wenn sie mindestens 60 Monate Beitragszeiten in dieser zurückgelegt haben. Für Drittstaatsangehörige gilt das Recht auf freiwillige Versicherung bei gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland nicht.

Artikel 5 enthält den Grundsatz, dass Leistungen auch erbracht werden können, wenn sich die leistungsberechtigten Personen gewöhnlich im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei aufhalten. Nummer 5 Buchstabe a des **Protokolls** schränkt diesen Grundsatz jedoch teilweise ein, dass Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aus der deutschen Rentenversicherung nicht an Berechtigte mit gewöhnlichem Aufenthalt in Uruguay gezahlt werden, wenn bei der Feststellung der verminderten Erwerbsfähigkeit nicht nur der Gesundheitszustand der Versicherten, sondern auch die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Rolle gespielt hat.

Die Gleichbehandlung der Staatsangehörigen der Vertragsstaaten und deren Hinterbliebenen erfolgt auch, wenn sie sich gewöhnlich in einem Drittstaat aufhalten (Artikel 5 Absatz 2).

Teil II (Artikel 6 bis 9) beinhaltet die Regelungen zu den anzuwendenden Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung bei Kollision deutscher und uruguayischer Vorschriften, sodass eine Doppelversicherung vermieden wird. Die Bestimmungen werden durch Nummer 8 des **Protokolls** ergänzt. Unterstehen Personen den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats, sind in Deutschland allein die deutschen Vorschriften in Bezug auf die Kranken-, Pflege- und Unfallversicherung sowie die Versicherungspflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung anzuwenden, in Uruguay allein die uruguayischen Vorschriften in Bezug auf die Kranken-, Mutterschafts- und Arbeitslosenversicherung.

Nach Artikel 6 sind grundsätzlich die Rechtsvorschriften über die Versicherungspflicht der Vertragspartei anzuwenden, in deren Hoheitsgebiet die Beschäftigung oder Tätigkeit ausgeübt wird (Territorialitätsprinzip). An Bord eines Seeschiffs bestimmt sich das Hoheitsgebiet nach der Flagge, die es führt.

Werden Arbeitnehmer von ihren Arbeitgebern vorübergehend in den anderen Vertragsstaat entsandt, sieht Artikel 7 vor, dass für längstens 24 Monate der Entsendung ausschließlich die Rechtsvorschriften des Entsendestaats gelten. Eine erneute Entsendung unter Fortgeltung der Rechtsvorschriften des Entsendestaats ist nur im Rahmen eines neuen Beschäftigungsverhältnisses oder einer mindestens zwölfmonatigen Unterbrechung der bisherigen Entsendung möglich. Die Vorschriften gelten auch für selbstständig Tätige. Ergänzend führt Nummer 7 des Protokolls aus, dass eine Entsendung nicht vorliegt, wenn die Tätigkeit des entsandten Arbeit-

nehmers nicht dem Tätigkeitsbereich des Arbeitgebers im Entsendestaat entspricht oder der entsandte Arbeitnehmer zum Zeitpunkt der Entsendung seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht im Entsendestaat hatte.

Nach Artikel 8 bleiben für Beschäftigte bei Auslandsvertretungen die Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (BGBl. 1964 II S. 957, 958) und vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585, 1587) unberührt. Besitzen sie die Staatsangehörigkeit eines der Vertragsstaaten und sind im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaats beschäftigt, besteht ein Optionsrecht über das anzuwendende Recht.

Artikel 9 enthält die in Abkommen mit anderen Staaten übliche Regelung, dass die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten oder die von ihnen bezeichneten Stellen auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und Arbeitgebers beziehungsweise auf Antrag des Selbstständigen Ausnahmen von den Artikeln 6 bis 8 vereinbaren können. Dabei sind die Art und die Umstände der Erwerbstätigkeit zu berücksichtigen.

Teil III (Artikel 10 bis 12) enthält die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Artikel 10 bestimmt, dass in der deutschen und uruguayischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten für die Erfüllung des Leistungsanspruchs zusammengerechnet werden, insbesondere für die Wartezeit.

Artikel 11 enthält nähere Regelungen für die Anwendung der deutschen, Artikel 12 für die Anwendung der uruguayischen Rechtsvorschriften.

Teil IV (Artikel 13 bis 22) enthält verschiedene Bestimmungen, die das Zusammenwirken der Stellen regeln, die in beiden Staaten mit der Durchführung des Abkommens betraut sind.

Nach Artikel 17 sind die Anträge auf Leistungen gleichgestellt, sodass die vom Abkommen erfassten

Personen mit ihrem Antrag gleichzeitig entsprechende Leistungen im jeweils anderen Vertragsstaat beantragen können.

Artikel 19 Absatz 2 benennt die Verbindungsstellen der beiden Vertragsparteien.

Teil V (Artikel 23 bis 26) enthält die Übergangs- und Schlussbestimmungen.

Nach Artikel 1 der **Durchführungsvereinbarung** haben die in der Vereinbarung verwendeten Begriffe die gleiche Bedeutung wie im Abkommen.

Nach Artikel 2 obliegt den Verbindungsstellen die allgemeine Aufklärung der betroffenen Personen über die Rechte und Pflichten nach dem Abkommen.

Artikel 3 regelt die Verwaltungshilfe der Verbindungsstellen, der zuständigen Behörden oder der von ihnen bezeichneten Stellen. Er schreibt die gegenseitige Unterrichtung über die rechtserheblichen Tatsachen sowie den Austausch der erforderlichen Beweismittel vor.

Artikel 4 regelt die Ausstellung von Bescheinigungen, die im Beschäftigungsstaat vorzulegen sind, wenn für Beschäftigte im Falle von Entsendungen oder Ausnahmevereinbarungen die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaats gelten.

Nach Artikel 5 sind Geldleistungen an Berechtigte auch bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat unmittelbar ausuzahlen.

Artikel 6 weist die Zuständigkeit für Anträge auf Beitreibung von Beiträgen den jeweiligen Verbindungsstellen zu.

In Artikel 7 ist festgelegt, dass jährlich zum 31. Dezember Statistiken über die Anzahl und die Gesamthöhe der in den jeweils anderen Staat vorgenommenen Rentenzahlungen zu erstellen sind.

Artikel 8 enthält die üblichen Schlussbestimmungen. Danach ist die Gültigkeit der Durchführungsvereinbarung an die Gültigkeit des Abkommens geknüpft.

